

**Information zur Sitzung des Gemeinderates
am 17. Dezember 2014, 16.30 Uhr, im Treffpunkt
(sinngemäße Wiedergabe des Wortlautes der Sitzung nach Mitschriften)**

Anwesende GR 15 + 1 (Bürgermeister)

Entschuldigt: Gemeinderätin Dörfer

Bürgermeister Paschke begrüßt die anwesenden Gäste und Gemeinderäte zur 288. öffentlichen Gemeinderatssitzung – seiner Letzten! - und stellt Beschlussfähigkeit fest.

Vor Verlesung der Tagesordnung gratuliert er Gemeinderat Leuteritz zum Geburtstag.

Danach stellt er Beschlussfähigkeit fest.

Er fragt die Gemeinderäte, ob es zur Tagesordnung Hinweise gibt und informiert zu TOP 14, dass das Wort „Grundsteuer“ richtig „Realsteuer“ heißen muss und bittet um Änderung.

Zu TOP 3 - Bestätigung Niederschrift der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 26.11. – sind ihm zwei Einwendungen zugegangen – von Gemeinderätin Rentsch und Prof. Svarovsky. Den Einwendungen ist stattzugeben, sie werden entsprechend eingearbeitet.

Zu TOP 4 - Beratung und Beschlussfassung - Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen – Er verliest die gespendeten Summen, die den Gemeinderäten aufgelistet als Tischvorlage übergeben wurden sowie die Beschlussvorlage: Der Gemeinderat Königswartha stimmt den Zuwendungen nach §73 (5) SächsGemO gemäß Anlage zu.

Bei Zustimmung bittet er um Handzeichen:

Ergebnis: 16 x Ja

Zu TOP 5 - Information zum Stand der Umsetzung HSK – übergibt er das Wort Frau Pfeiffer.

Frau Pfeiffer sagt, dass künftig immer unter TOP 5 zur Umsetzung des Haushaltsstrukturkonzeptes (HSK) informiert wird. Folgende Punkte wurden bereits abgearbeitet:

- Nr. 5 = die Höhe der Verfügungsmittel für den Bürgermeister wurden in den Haushaltsplan 2015 eingeplant.
- Nr. 6 = der Leasingvertrag für die Kopiertechnik - im Juni 2015 sollte die Kündigung vollzogen werden. Da die Firma zwischenzeitlich insolvent wurde, konnte sofort gekündigt werden.
- Nr. 8 = Auszahlungen für Städtepartnerschaften; wurde in den Haushalt 2015 eingeplant.
- Nr. 9 = Kostenneutrales Amtsblatt! Es gab eine Vertragsveränderung mit dem Verlag. Bei 16 Seiten ist das Amtsblatt nicht kostenneutral, aber es fallen keine Zusatzkosten an.
- Nr. 12 = Die Lohnbuchhaltung muss kostengünstiger werden! Das ist leider nicht umsetzbar!
- Nr. 13 = Überprüfung der Versicherungsverträge! Ein externer Gutachter hat geprüft und befunden, dass alle Verträge in Ordnung sind. Eine Änderung oder Kündigung würde keine Kosteneinsparungen bringen.
- Nr. 14 = Jahresbeitrag für den Krabatverein aufkündigen! Da Herr Sven Helm den Beitrag privat übernimmt, kann die Gemeinde im Verein als Mitglied verbleiben.
- Nr. 21 = ist im HSK nicht besetzt!
- Nr. 22 = Arbeitszeitreduzierung der Grundschulsekretärin! Das wird ab dem 1.1.2015 umgesetzt.

- Nr. 23 = Begleitung der Hortkinder! Das ist erledigt, da die 1. Klasse vom Hortpersonal begleitet wird und die Klassen 2 bis 4 alleine, ohne Begleitung, in den Hort gehen.
- Nr. 27 = ist im HSK nicht besetzt!
- Nr. 28 = ist im HSK nicht besetzt!
- Nr. 29 = Betreuung der Heimatstube! Die Heimatstube ist seit dem 1.12.2014 ein Schlüsselmuseum, d.h., wenn jemand zur Besichtigung kommt, wird aufgeschlossen.
- Nr. 36 = Schließung der Kleiderkammer! Die Kleiderkammer wird zum Jahresende 2014 geschlossen.
- Nr. 37 = Kündigung der Gesetzessammlungen in Papierform! Diese wurden weitestgehend gekündigt; aktuelle Gesetze werden über REVOSAX heruntergeladen.
- Nr. 43 = Ruhen der Mitgliedschaft im Landschaftspflegeverband! Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass der Landschaftspflegeverband Insolvenz angemeldet hat. Es ist nicht bekannt, wie es dort weitergehen soll.
- Nr. 44 = Bewirtschaftung vom „Treffpunkt“! Mit der Versorgungs GmbH wurde eine Vereinbarung abgeschlossen; der Gemeinderat hatte dazu in der letzten Sitzung einen Beschluss gefasst.
- Nr. 51 = Erhöhung der Hundesteuer! Dazu wurde in der letzten Gemeinderatssitzung eine Erhöhung zum 1.1.2015 beschlossen.
- Nr. 52 = Für die Tilgung des Kassenkredits sollen Einzahlungen verwendet werden. Das ist ebenfalls erledigt. Es wird nichts Außerplanmäßiges mehr damit bezahlt.
- Nr. 54 = Drehleiter FFW! Das hat sich in der Form erledigt, dass die Drehleiter weiter genutzt wird, aber es werden künftig keine größeren Sanierungsmaßnahmen mehr an diesem Fahrzeug vorgenommen. Für eine neue Drehleiter sind in den nächsten Jahren keine Investitionen geplant.
- Nr. 60 = Sondertilgung! Das wurde umgesetzt, indem die „Investiven Schlüssel-Zuweisungen“ auf ein extra Konto gelegt werden, um sie am Jahresende für die Sondertilgung verwenden zu können.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, ob es dazu Fragen gibt?

Gemeinderätin Helm erinnert daran, dass beschlossen wurde, dass das Haushaltskonsolidierungskonzept im Amtsblatt abgedruckt werden sollte.

Frau Pfeiffer sagt, dass das dort nicht hineinpassen würde, da es zu groß ist. Es wurde ja auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Gemeinderätin Helm möchte wissen, was mit denen sei, die kein Internet haben?

Frau Pfeiffer sagt wiederholt, dass das ganz einfach zu groß ist.

Gemeinderätin Rentsch schlägt vor, das HSK dann eben in mehreren Teilen abzudrucken!

Gemeinderätin Helm schlägt vor, das HSK im Rathaus auszulegen.

Prof. Svarovsky sagt, dass man das machen kann.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, ob es dazu weitere Fragen gibt.

Gemeinderätin Rentsch möchte wissen, ob der Bezug von Gesetzen bei REVOSAX Kosten verursacht und dass doch sicher nicht alle Gesetze in Papierform gekündigt wurden.

Frau Pfeiffer sagt, dass die Sächsischen Gesetze auf jeden Fall nichts kosten würden und dass weitestgehend gekündigt wurde.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass es die Kommentierungen der Sächsischen Gemeindeordnung sicher nicht über REVOSAX geben würde.

Frau Pfeiffer bestätigt diese Aussage mit „Nö!“

Gemeinderätin Helm möchte wissen, was es für größere Reparaturen bei der Drehleiter gibt?

Frau Pfeiffer informiert, dass es im letzten Jahr eine größere Reparaturmaßnahme gegeben hat, die 19.000€ gekostet hat und das sowas nicht mehr passieren darf und wird.

Gemeinderätin Helm schlägt vor, einen finanziellen Rahmen festzulegen; z.B. bei 2000 oder 3000€ Schluss zu sagen.

Frau Pfeiffer sagt, dass z.B. ein geplatzter Gummischlauch bezahlt werden kann, aber dass 19.000€ definitiv zu viel sind.

Prof. Svarovsky informiert daraufhin, dass im Rahmen des Haushaltsplanes 2015 generell ein Ansatz für die Reparatur der Feuerwehrgeräte gefunden werden muss und wenn die Reparaturkosten dann höher ausfallen, muss mit den Nachbarstädten Bautzen und Hoyerswerda gesprochen werden.

Gemeinderat Klemmer möchte wissen, welche Einsparungen beim HSK bisher insgesamt erzielt worden sind? Er möchte, dass diese Summe in Zukunft bei der Abarbeitung der jeweiligen Punkte des HSK genannt wird.

Frau Pfeiffer gibt zur Antwort, dass das im Einzelnen schwierig zu sagen ist, aber im Allgemeinen zum Jahresende gesagt werden kann, dass das letzte Jahr ohne Mittel im Haben abgeschlossen wurde und da kein Geld mehr da war, hat die Gemeinde komplett vom Kassenkredit gelebt. In diesem Jahr ist es so, dass 150.000 Euro auf einem Extra-Konto deponiert wurden – dabei handelt es sich um die investiven Schlüsselzuweisungen und die Zuschüsse für die Winterschäden (bis zu dem Zeitpunkt, zu welchem sie ausgegeben werden) und dass die Gemeinde zur Zeit einen Kassenkreditrahmen von 400.000 Euro hat; im vorigen Jahr lag diese Summe bei 600.000 Euro.

Gemeinderat Klemmer fragt wiederholt, ob es möglich ist, zu den konkreten Punkten die Einsparungen aufzuzeigen?

Frau Pfeiffer antwortet daraufhin, dass das für die „Größeren“ möglich ist.

Prof. Svarovsky bestätigt diese Aussage und fügt an, dass bei den kleineren Positionen, bei 200 oder 300 Euro, die Bezifferung der Summen sehr aufwendig ist.

Gemeinderätin Rentsch merkt an, dass sich die Stunden-Reduzierung der Sekretärin der Grundschule im Grunde nicht wirklich finanziell auswirkt, da Frau Gottschalk die dort reduzierten Stunden für die Gemeindeverwaltung aufgestockt bekommt.

Frau Pfeiffer bestätigt das.

Prof. Svarovsky erklärt, dass sich die Einsparung erst dann auswirkt, wenn die Reduzierung in der Gemeindeverwaltung vorgenommen wird, da es keine Neueinstellungen geben wird.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass sich das im Stellenplan zeigen wird.

Bürgermeister Paschke fragt, ob es weitere Hinweise dazu gibt. Da dies nicht der Fall war, rief er den **TOP 6 - Beschluss zur Umsetzung der LEADER-Entwicklungsstrategie 2014-2020** auf. Er informierte, dass den Gemeinderäten das LEADER-Projekt bekannt ist und dass Herr Rudi Richter, Königswarthaer Bürger, als Regionalmanager sein Büro mit einer Mitarbeiterin in der Gutsstraße hat.

Für die neue Förderperiode gibt es nun für beide Beschäftigten weniger Fördermittel. Aus diesem Grund müssen die Mitgliedsgemeinden die erforderlichen Summen aufbringen. Im vorigen Jahr hatten die Gemeinden 0,75 Euro pro Einwohner zu zahlen. Jetzt verdoppelt sich der Mitgliedsbeitrag auf 1,50 Euro pro Einwohner. Die Gemeinden Malschwitz und Neschwitz haben dazu bereits Beschlüsse zur Erhöhung gefasst. Dieses LEADER-Entwicklungsstrategie-Programm kann ca. 50 Mio. Euro an Antragsteller (Privatpersonen, Vereine und Gemeinden) verteilen. 50 Mio. Euro sind aber nicht viel, wenn z.B. in Nebelschütz ein Kindergarten für 5 Mio. Euro finanziert wird. Dieses Programm betrifft auch den kommunalen Straßenbau, Schulen usw.; die Informationen dazu liegen den Gemeinderäten vor. Er möchte wissen, ob es dazu von den Gemeinderäten Fragen gibt.

Gemeinderat Klemmer möchte wissen, welche Maßnahmen in der Vergangenheit in Königswartha wirksam geworden sind und was für die Zukunft geplant ist?

Bürgermeister Paschke antwortet darauf, dass die Gemeinde dafür im Moment keinen Eigenanteil hat.

Gemeinderat Klemmer fragt nach, ob es dafür eine feste Summe gibt?

Bürgermeister Paschke sagt, dass das verschieden ist und dass es dafür Tabellen gibt. Eine Kommission hat dazu bereits 4 oder 5 Mal getagt. Es gibt verschiedene Gebiete; einmal liegt die Förderung bei 86 % und einmal bei 76 %; das ist verschieden!

Prof. Svarovsky erklärt, dass früher alle Förderprogramme zentral in Dresden verwaltet wurden. Dann habe man sich dafür entschieden, dass die einzelnen Regionen selbst entscheiden sollen und dazu Budgets verteilt. In diesen regionalen Gremien sind zum Teil fachkundige Mitarbeiter tätig, die dann die Entscheidungen treffen. Eine Privatperson kann z.B. für ein Umgebendehaus eine Förderung zur Sanierung beantragen und zum Teil mit 80 % gefördert werden. So kann z.B. auch eine Kindertagesstätte mit diesem Programm saniert werden. In Königswartha wird es in den kommenden Jahren, bis auf Ausnahmen, keine Investitionen geben; darüber ist bereits gesprochen worden. Diese Ausnahmen werden derzeit anderweitig genutzt; damit werden nur die Bürger des Ortes bevorteilt. Die LEADER-Mitgliedschaft ist kein Zwang, aber diese Mitgliedschaft hat den Vorteil, dass Bürger Anträge stellen und eine Förderung erhalten können, solange das Geld dafür reicht; das betrifft Vereine, Kirchen usw. vor Ort ebenso.

Bürgermeister Paschke bringt den TOP zur Abstimmung.

Er bittet bei Zustimmung um Handzeichen.

Ergebnis: 16 x Ja.

Daraufhin kommt er zu **TOP 7 - Beschluss über das Verfahren zur Bildung der beratenden Ausschüsse** – und fordert Frau Nytsch auf, dazu zu informieren.

Frau Nytsch informiert, dass die Gemeinderäte ein Schreiben erhalten haben, in welchem lt. Kommentar der Gemeindeordnung darauf verwiesen wird, dass das vorrangige Verfahren zur Bildung der Ausschüsse das Einigungsverfahren ist. Leider haben nicht alle Gemeinderäte darauf geantwortet bzw. ihre Zustimmung zur Auflistung der personellen Zusammenstellung erteilt.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, ob dazu eine geheime Abstimmung beantragt wird.

Gemeinderat Klemmer sagt, dass Gemeinderätin Rentsch und er mit dem Einigungsverfahren einverstanden sind, dass aber im Gesetz steht, dass die Fraktionen die Mitglieder selbst benennen. Darüber hinaus stellt er die Frage, ob sich die anderen Gemeinderäte ebenso zu Fraktionen zusammengeschlossen haben.

Bürgermeister Paschke erklärt, dass sich die Freien Wähler und die CDU damit einverstanden erklärt haben.

Gemeinderat Klemmer fragt nochmals nach, ob weitere Fraktionen gebildet wurden?

Bürgermeister Paschke beantwortet diese Frage mit „Ja“ und fragt nach, ob er nun mit dem Verfahren so einverstanden ist?

Gemeinderat Klemmer bestätigt mit „Ja“.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, ob Gemeinderat Klemmer und Gemeinderätin Rentsch die Ausschüsse tauschen wollen.

Gemeinderätin Rentsch antwortet daraufhin mit „Nein“.

Bürgermeister Paschke wendet sich an Gemeinderätin Helm und sagt zu ihr, dass sie das auf Grund des D'Hondt-Verfahrens nicht betreffen würde und dass das bei ihrer Mutter auch schon so gewesen ist.

Gemeinderätin Helm fragt nach, ob sie an den Sitzungen teilnehmen kann?

Bürgermeister Paschke antwortet darauf mit, „Ja, klar!“ und informiert, wer mit wem getauscht hat. Gemeinderat Katscher mit Gemeinderat Nowotny die Ausschüsse und Gemeinderat Wobst mit Gemeinderat Schenk als Mitglied und Stellvertreter.

Gemeinderat Klemmer möchte zur Eindeutigkeit für die Öffentlichkeit benannt haben, wie stark die Fraktionen in den Ausschüssen vertreten sind?

Bürgermeister Paschke antwortet daraufhin, dass Gemeinderat Klemmer von ihm die Einlage erhalten kann, wenn er möchte.

Gemeinderat Klemmer sagt, dass er die Vorlage selbst hat und dass es ihm um die Sitzverteilung geht.

Gemeinderat Barthel sagt, dass das doch jedem zugegangen ist und dass da jetzt nicht einfach etwas daran geändert werden kann.

Gemeinderätin Rentsch sagt daraufhin, dass es nicht darum geht, etwas zu verändern, sondern um die Anzahl der Sitze. Es geht um die Festlegung, wie viele Sitze jede Fraktion hat.

Frau Nytsch sagt, dass der erste Beschluss das Einigungsverfahren betrifft und dass danach die personelle Besetzung beschlossen wird.

Bürgermeister Paschke sagt (nachdem er sich mit Prof. Svarovsky abgestimmt hat), dass den Freien Wählern 3 Sitze zustehen, der CDU 2 und den Parteifreien 1 Sitz.

Dann möchte er wissen, wer dem Einigungsverfahren zustimmt und lässt darüber abstimmen.

Ergebnis: 16 x Ja.

Danach gab er die Besetzung der Ausschüsse wie folgt bekannt:

Verwaltungs- und Finanzausschuss: Ordentliche Mitglieder: Frank Glowick, Sven Barthel, Carla Langen, Dr. Andreas Weise, Sven Nowotny und Annemarie Rentsch

Bei Zustimmung bittet er um Handzeichen:

Ergebnis: 15 x Ja, 1 x Enthaltung.

Er fährt fort mit den Stellvertretern: Thomas Schenk, Frank Wobst, Evelyn Dörfer, Uwe Katscher, Günther Eichler, Peter Klemmer.

Bei Zustimmung bittet er um Handzeichen:

Ergebnis: 16 x Ja.

Er verliest die Namen für die Mitglieder im Technischen Ausschuss:

Ordentliche Mitglieder: Gerd Schieber, Hubertus Schiebschick, Frank Wobst, Uwe Katscher, Günther Eichler und Peter Klemmer

Bei Zustimmung bittet er um Handzeichen:

Ergebnis: 16 x Ja.

Er fährt fort mit den Stellvertretern: Christoph Leuteritz, Sven Barthel, Thomas Schenk, Dr. Andreas Weise, Uwe Katscher und Annemarie Rentsch

Bei Zustimmung bittet er um Handzeichen:

Ergebnis: 15 x Ja, 1 x Enthaltung.

Daraufhin wird noch ein Tauschwunsch geäußert.

Bürgermeister Paschke vergewissert sich: Nowotny und Katscher sollen getauscht werden?

Er hat nichts dagegen, möchte dazu aber nicht noch einmal abstimmen und fragt nach, ob sich die Gemeinderäte auch damit einverstanden erklären.

Da sich niemand meldet, wertet er das als Bestätigung.

Daraufhin bedankt er sich und erklärt, dass die Termine zu den Ausschusssitzungen durch die Verwaltung festgelegt werden und dass die Gemeinderäte die Einladungen dazu erhalten werden.

Bürgermeister Paschke ruft den **TOP 10 - Diskussion und Beschluss zum Bürgerbegehren „Verbrauchermarkt Gutsstraße“** – auf.

Dazu informiert er wie folgt: Es wurde ein Bürgerbegehren durchgeführt und ordnungsgemäß angezeigt. Die gesammelten Unterschriften wurden der Gemeindeverwaltung überge-

ben und von der Meldestelle Neschwitz geprüft (in Urlaubsvertretung für Königswartha). Die Anzahl der Unterschriften, bei einem Quorum von 10%, war ausreichend. Trotzdem kann der Gemeinderat diesem Bürgerbegehren nicht zustimmen, da formelle Fehler festgestellt wurden. Er habe von Herrn Kappler ein Schreiben bekommen, welches auch allen Gemeinderäten zugestellt wurde. In diesem Schreiben wurde an die Gemeinderäte appelliert, dem Bürgerbegehren zuzustimmen und einen Bürgerentscheid zu veranlassen. Aber das geht nicht. Seit 3 Jahren befasst sich der Gemeinderat mit dem Neubau und befindet sich nun in der Endphase, jetzt dürfen keine Fehler passieren und es wäre ein Fehler, wenn dem Begehren jetzt zugestimmt wird, daraus könnten sich Schadenersatzansprüche ergeben, da das Verfahren noch nicht beendet ist und wenn es dadurch zu keiner Baugenehmigung kommt, dann können der Planer und der Investor Schadenersatzansprüche geltend machen, weil bei denen Ausgaben angefallen sind. In solch einem Fall würde immer der schwächste Partner die Kosten tragen und das wäre dann die Gemeinde.

Gemeinderätin Helm stellt fest, dass genug Bürger unterschrieben haben, die in dieser Sache mitreden möchten und dass es nur ein Formfehler sei, der im Raum steht und den die Gemeinderäte bei der Abstimmung auch außer Acht lassen können und fragt nach, ob es für diesen Fall rechtliche Probleme geben könnte?

Bürgermeister Paschke antwortet darauf, dass es bei der Bestätigung des Bürgerbegehrens vielleicht noch keine rechtlichen Probleme geben würde, aber bei der Durchführung des Bürgerentscheids. Erst dabei wird ja festgestellt, ob gebaut wird oder nicht.

Gemeinderätin Helm sagt, dass ihr das schon klar ist, aber bisher nur beschlossen wurde, dass eine Bauplanung durchgeführt wird. Es hat noch keinen Kauf gegeben und in diesem Fall würden nur die Kosten für den Planer das Problem sein.

Bürgermeister Paschke antwortet darauf nur mit „Ja“.

Frau Nytsch sagt, dass das nicht stimmt, da das betreffende Grundstück mit Fördermitteln erworben wurde und dass das Förderprogramm 2016 ausläuft. Dabei handelt es sich um eine Drei-Drittel-Förderung. Ein Drittel Land, ein Drittel Bund und ein Drittel Gemeinde. Wenn der Verkauf nicht erfolgt, dann ist das Geld an Land und Bund zurückzuzahlen. Sie glaubt, dass es sich dabei um eine Summe von 150.000 Euro handelt.

Gemeinderat Dr. Weise sagt: 120.000€!

Gemeinderätin Helm fragt nach, ob die genannte Summe zurückgezahlt werden muss und gibt zu bedenken, dass ja noch gar nicht bekannt ist, wie die Abstimmung ausgehen würde.

Bürgermeister Paschke sagt daraufhin, dass das noch kein Schadenersatz wäre, sondern eine Folge davon.

Gemeinderat Dr. Weise äußert Zweifel daran, dass die junge Frau, die von Haus zu Haus gegangen ist und Unterschriften eingeholt hat, auch bei allen Leuten gesagt hat, das Netto möglicherweise, wenn es nicht zu dem Neubau kommt, sich von Königswartha zurückzieht. Auch wird sie nicht darüber informiert haben, dass 120.000€ an den Bund zurückzuzahlen sind.

Wenn Netto dort baut, haben wir die Chance, dass die Gutsstraße von der Schlossseite her renoviert und neu belebt wird. Wer am Wochenende im jetzigen Netto einkauft, der sagt sich bestimmt, dass das jetzt ein Gewühle ist und dass es besser wäre, wenn es einen Größe-

ren gäbe. Das werfe ich auch Frau Rentsch vor, wenn sie über ein Werbeblatt solche Aspekte nicht benennt, um Stimmung zu erzeugen.

Bürgermeister Paschke ergänzt, dass noch ein Aspekt vergessen wurde. Wenn der Kaufvertrag nicht realisiert wird, entgeht der Gemeinde auch eine Einnahme von 230.000 Euro.

Gemeinderat Klemmer sagt, dass er prinzipiell für die Durchführung eines Bürgerentscheids ist und dass der Gemeinderat auch rechtlich die Möglichkeit hat, dem Bürgerbegehren stattzugeben, trotz formeller Fehler. Das Grundstück behält seinen Wert für die Gemeinde, auch wenn es nicht verkauft wird. Bei einem Bürgerentscheid handelt es sich um einen demokratischen Akt, dem der Gemeinderat zustimmen sollte, auch im Sinne von Respekt gegenüber den Bürgern. Wenn dem nicht zugestimmt wird, fordern wir die Bürgerinitiative nur auf, wiederholt Unterschriften zu sammeln.

Gemeinderat Dr. Weise möchte wissen, ob bei einer erneuten Sammlung dann die eben genannten Punkte auch zur Sprache kommen.

Gemeinderat Klemmer fragt nach, ob er ihn nicht verstanden hat. Bei einem Bürgerbegehren muss die Fragestellung genannt sein, die bei einem Bürgerentscheid gestellt wird. Die Unterschrift auf einem Bürgerbegehren ist noch kein „Dafür“ oder „Dagegen“. Auf diesen Listen haben auch Leute unterschrieben, die für einen Neubau des Netto-Marktes sind. Ob am Ende gebaut wird oder nicht, das steht noch völlig in den Sternen. Dabei erinnerte er an Stuttgart 21. Bei diesem Bürgerentscheid lag die Abstimmung am Ende überwiegend bei „Dafür“. Immer wieder kam bei der Unterzeichnung zum Bürgerbegehren „Netto“ die Frage auf, ob es schon ein Votum für „Dagegen“ sei und dann wurde gesagt, dass es diese Abstimmung erst bei einem Bürgerentscheid gibt.

Bürgermeister Paschke dankt Gemeinderat Klemmer und erteilt Gemeinderätin Rentsch das Wort.

Gemeinderätin Rentsch wendet sich an Gemeinderat Dr. Weise und erklärt, dass sie sich, bevor sie mit der Presse spricht oder etwas publiziert, sachkundig macht. Sie verweist auf einen Artikel der SZ vom 5.12.2014, Ausgabe Radeberg, der sich auf die Gemeinde Arnsdorf bezieht. Arnsdorf liegt auch in Sachsen und hat 4700 Einwohner. Dort wurde von wenigen Jahren ein Gebäude für Lidl, mit einer Ladenfläche von 1050 m², errichtet. Vor der Eröffnung musste eine Zwischenwand eingezogen werden, da es nur eine Zustimmung für 800 m² Ladenfläche gab. Nun wurde der Antrag gestellt, diese Wand entfernen zu dürfen. Dem wurde nicht stattgegeben. Als Begründung wird gesagt, dass Arnsdorf nicht über 5000 Einwohner verfügt und bei einer Einwohnerzahl unter 5000 gibt es nur 800 m². Auch das sollte in Königswartha Beachtung finden.

Bürgermeister Paschke sagt, dass die Ladenfläche Bestandteil der Baugenehmigung ist und dass der Gemeinderat darüber nicht zu entscheiden hat.

Frau Nytsch sagt, dass ein Verkaufsgutachten erstellt wurde.

Gemeinderätin Rentsch sagt: „Ein Handelsgutachten!“

Frau Nytsch sagt: Ein Verkaufsgutachten. So habe sie das verstanden.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass von den Trägern öffentlicher Belange ein Handelsgutachten gefordert wurde, der Planer diese Forderung aber nicht für nötig erachtet hat.

Es gibt aber ein Landesentwicklungsprogramm, in dem festgeschrieben ist, welche Handelsflächen für Kommunen unserer Größenordnung möglich sind. Dieser Forderung wird jetzt kein Gehör geschenkt und es kann passieren, dass es uns am Ende so geht wie Arnsdorf.

Gemeinderat Schieber sagt, dass er bereits in der letzten oder vorvorletzten Sitzung eine Antwort darauf gegeben hat, ob die Notwendigkeit eines Neubaus für Netto besteht und dass er sich sicher ist, dass die Märkte selber den Bedarf erforschen und dass dabei auch das Einzugsgebiet eine Rolle spielt und nicht nur die Größe der Gemeinde selbst. Der Einzugsbereich bei uns sei sehr groß, das ist auch an jedem Freitag zu beobachten.

Für ihn gibt es auch eine bessere Lösung für einen solchen Markt als die Ortsmitte, aber nachdem er sich mit den Herren unterhalten hat und ihm die Zwänge genannt wurden, die es dabei geben würde, ist er und seine Fraktion nun der Meinung, dass dieser Markt dort gebaut werden sollte. Außerdem wäre es eine deutliche Aufwertung dieser verkommenen Fläche und es gibt keinen anderen Investor, der dieses Gelände bebauen will.

Es wäre auch ihm lieber, wenn an diese Stelle ein kulturelles Bauwerk entstehen würde. Aber wenn er sich die Märkte in Hoyerswerda ansieht, die jetzt in der Nähe des Zoos eröffnet wurden, dann sieht das ordentlich aus. Netto hat bei uns den Wunsch geäußert, sich zu erweitern. Wenn wir das nicht wollen, dann hauen die so ab, wie damals Lidl.

Seiner Meinung nach ist in Königswartha die Kaufkraft da und wird auch genutzt. Dass die Gemeinde Neschwitz dagegen ist, das in Königswartha ein größerer Markt gebaut wird, das sei ihm klar und warum, das muss auch nicht erklärt werden. Groß Särchen sei zum Beispiel neidisch auf uns, weil wir so viele Märkte haben und zu Ralbitz muss man auch nichts erklären.

Es muss natürlich gemeinsam mit den Besitzern der anderen Immobilien versucht werden, diese wieder zu mobilisieren und mit Leben zu erfüllen. Das wurde bereits vor 3 Jahren gesagt. Zuerst war Schlecker weg und danach auch noch Penny. Seine Meinung ist, dass diese leerstehenden Verkaufsflächen wieder belebt werden müssen, das sei eine Aufgabe der Gemeinde. Auch das ist ein Grund, warum die Freien Wähler für eine Bebauung sind.

Er hat mit Vielen in Wartha gesprochen, die auf dem Bürgerbegehren unterschrieben haben und da wurde ihm gesagt, dass diese Aspekte nicht aufgezählt wurden und dass alle, zu 100%, einen Rückzieher gemacht haben und nicht mehr unterschreiben werden.

(Publikum) Frau Gude sagt, dass ihr seine Einstellung dazu klar sei. Hauptsache der Bürger hat nicht mitzuentcheiden, dass Herr Schieber das möchte, sei ihr schon ganz klar.

Gemeinderat Schieber lacht und sagt, dass er die Leute über sie befragt hat.

Frau Gude sagt, dass sie kein Problem damit hat und dass sie überall das Für und Wider besprochen hat und dass es hier darum geht, dass die Bürger in dieser Sache entscheiden sollen; sie fragt ihn, ob er das nicht verstehen will?

Bürgermeister Paschke wendet sich an Frau Gude und sagt, dass sie jetzt noch kein Rede-recht hat.

(Publikum) Herr Jokusch sagt, dass er auch von Frau Gude zum Netto-Markt gefragt wurde und ob er eine Wahl möchte, um zu entscheiden, ob er dagegen sei oder dafür und dass dabei nicht die Rede davon war, dass dabei das Ziel verfolgt wird, den Markt überhaupt nicht bauen zu lassen.

Frau Gude antwortet, dass er genau das sagt, was sie ihm gesagt hat und dass er mit seiner Unterschrift den Willen bekundet: Ja, ich will, dass eine Wahl stattfindet und dass ich das als Bürger entscheide. Diese Entscheidung sollte eben nicht der Gemeinderat treffen.

Herr Jokusch sagt, dass er schon eine Wahl mitgemacht hat. Er hat seine Gemeindevertreter gewählt und möchte wissen, warum er nun noch einmal wählen soll. Die Gemeindevertreter sollen das ausfechten. Die Gemeinde hat sowieso kein Geld, warum soll die jetzt wieder eine Wahl machen?

Frau Gude erklärt, dass es doch gut wäre, wenn die Bürger darüber entscheiden dürfen, ob der Netto gebaut wird oder nicht!

Herr Jokusch sagt daraufhin, dass sie seine Stimme und die Stimmen seiner Eltern streichen kann und dass dann schon 3 weniger sind.

Bürgermeister Paschke beendet die Diskussion, da noch keine Bürgerfragestunde ist und bittet darum, sich zu mäßigen.

Gemeinderätin Rentsch ist der Meinung, dass diejenigen, die im Publikum angesprochen werden, dann natürlich auch dazu antworten dürfen.

Gemeinderat Schieber sagt, dass er „die“ doch nicht angesprochen hat.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass er das sehr wohl getan hat.

Gemeinderat Schieber lacht.

Gemeinderat Klemmer bemerkt, dass ihm die Diskussion aufgezeigt hat, dass bei der Unterschriftensammlung doch die Wahrheit gesprochen wurde, denn es wurde gesagt, es soll entschieden werden, ob die Bürger dafür oder dagegen sind. Natürlich kann jeder Bürger sagen, dass das der Gemeinderat entscheiden soll, das ist auch sein Recht. Aber das höchste demokratische Recht ist, dass der Bürger selber entscheidet. Da ist doch gar nichts Schlechtes dabei.

Herr Jokusch fragt, ob er wissen würde, warum er überhaupt hier zur Sitzung gekommen sei? Er fühlt sich ganz einfach angepisst, wenn man ihn verscheißert. Wäre diese Frau gekommen und hätte gesagt: „Ich bin gegen diesen Netto Markt, sind Sie auch dagegen?“ Aber davon war keine Rede.

Frau Gude sagt, dass es bei einem Bürgerbegehren eben nicht darum gehen würde, gerade diese Herangehensweise wäre falsch gewesen.

Gemeinderat Klemmer sagt ebenfalls, dass es darum gar nicht geht, sondern darum, dass das der Bürger entscheiden soll, ob gebaut wird oder nicht. Man unterschreibt nicht dafür oder dagegen. Das ist das, was hier scheinbar mit Absicht verzerrt dargestellt wird. Nur die Fragestellung des Bürgerentscheids muss genannt werden und diese Frage wurde genannt.

Herr Jokusch sagt, dass er sich fragt, was er hier überhaupt macht und dass er auch noch etwas anderes vorhat.

Gemeinderat Klemmer erklärt erneut, dass bei einem Bürgerbegehren die zur Entscheidung stehende Frage genannt werden muss und dass man erst dann man mit Ja oder Nein antworten kann.

Bürgermeister Paschke dankt Herrn Jokusch.

Herr Jokusch sagt, dass er das trotzdem nicht so sieht und dass er mit seiner Mutter gesprochen hat, die das auch so verstanden hat und dass er, wenn das jetzt so gemacht wird, nicht damit einverstanden ist. Er betont, dass jetzt 3 Unterschriften weniger sind und verabschiedet sich mit „Tschüss“!

Gemeinderätin Rentsch wendet sich an **Gemeinderat Schieber** und sagt, dass es unnormal sei, jemanden anzusprechen und dann so zu tun als wenn man nicht mit ihm spricht.

Gemeinderat Schieber sagt zu **Gemeinderätin Rentsch**: Ist doch gut, oder? und lacht dabei.

Gemeinderätin Rentsch zu Gemeinderat Schieber: Peinlich ist das!

Bürgermeister Paschke beendet die Diskussion und verliest die Beschlussvorlage. Das Bürgerbegehren, Posteingang in der Gemeinde vom 18.11.2014, mit der Fragestellung „Ich bin gegen das Vorhaben „Errichtung Verbrauchermarkt Gutsstraße“ ist unzulässig. Bei Zustimmung wird um Handzeichen gebeten. Ergebnis: 12 x Ja / 3 x Nein / 1 x Enthaltung.

Er kommt zu **TOP 11 - Beschluss Festsetzung Wahltermine Bürgermeisterwahl –** Die Termine wurden mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Die Bürgermeisterwahl findet am 12.04.2015 statt und ein evtl. zweiter Wahlgang wird auf den 26.05.2015 festgelegt. Auf seine Nachfrage, ob es dazu Hinweise gibt, meldet sich Gemeinderat Klemmer.

Gemeinderat Klemmer sagt, dass es ihm dabei um den rechtlichen Aspekt geht und dass diese Wahl 3 Monate vor Eintritt in den Ruhestand bzw. mindestens einen Monat vor Eintritt in den Ruhestand hätte stattfinden müssen. Das Gesetz sieht vor, dass der Bürgermeister bis zur Wahl die Geschäfte weiterführt und das ist hier jetzt nicht gegeben. Darin sieht er ein Problem und möchte wissen, wie es nun auf rechtlicher Ebene weitergehen soll.

Bürgermeister Paschke antwortet darauf, dass es für diesen Fall einen Bürgermeisterstellvertreter gibt, der das Amt für die nächsten 4 bis 6 Monate übernimmt. Für diesen Fall ist das Herr Schieber. Er hat mit ihm dazu ein Gespräch geführt und es wird auch noch zwei weitere Gespräche dazu mit ihm geben. Das ist auch alles mit der Kommunalaufsicht abgesprochen. Wenn Herr Schieber dazu „Nein“ gesagt hätte, dann hätte der Dienstälteste Gemeinderat, Herr Dr. Weise, die Vertretung übernehmen müssen und wenn der „Nein“ gesagt hätte, dann hätte die Kommunalaufsicht einen Amtsverweser eingesetzt und das könnte in diesem Fall Prof. Svarovsky sein. Dann könnte aber nicht sein Gehalt gespart werden, weil einem Amtsverweser das Gehalt des Bürgermeisters zusteht.

Da es dazu keine weiteren Fragen gab, kam Bürgermeister Paschke zur Abstimmung/Beschlussfassung der Termine. Bei Zustimmung wurde um Handzeichen gebeten. Ergebnis: 16 x Ja.

Bürgermeister Paschke verliest TOP 12 - Beschluss zur Bestellung des Gemeindevwahlausschusses -

Als Vorsitzende des Wahlausschusses wird Frau Pfeiffer vorgeschlagen. Bei Zustimmung wird um Handzeichen gebeten.

Ergebnis: 16 x Ja

Als Stellvertreter wird Frau Nytsch vorgeschlagen. Bei Zustimmung wird um Handzeichen gebeten.

Ergebnis: 16 x Ja

Als Mitglieder im Gemeindevwahlausschuss wurden von den Fraktionen vorgeschlagen:

Für die CDU: Dr. Andreas Weise, als Vertreterin Frau Christine Hultsch

Für die Freien Wähler: Andreas Langner, als Vertreter Andreas Schulz

Für die Parteifreien Wähler: Rico Michauk, als Vertreter Jörg Kahl

Für die Linken gab es nur einen Vorschlag: Tino Krusche

Bei Zustimmung wird um Handzeichen gebeten.

Ergebnis: 16 x Ja.

Bürgermeister Paschke ruft TOP 13 auf - Richtlinie für Ehrungen der Gemeinde Königswartha – Hier ist heute kein Beschluss vorgesehen, sondern nur eine Diskussion.

Gemeinderätin Rentsch informiert, dass von Seiten der PFW bereits vorgeschlagen wurde, dazu eine Satzung zu erarbeiten, da eine Richtlinie keine Rechtsverbindlichkeit hat.

Sie möchte wissen, wie derzeit bei hohen Geburtstagen von Bürgerinnen und Bürgern die persönliche Gratulation durch die Gemeinderäte organisiert ist.

Bürgermeister Paschke fragt nach, ob sie wissen möchte, wer das organisiert?

Gemeinderätin Rentsch möchte wissen, wer organisiert und wie der Ablauf ist; welcher Gemeinderat für welchen Bereich zuständig ist.

Gemeinderat Dr. Weise antwortet darauf, dass das seit 20 Jahren so gemacht wird und dass ihr das als Hauptamtsleiter ein Begriff sein müsste, wie das abläuft und abgelaufen ist. Das ist immer sehr gut abgelaufen und wurde von den Bürgern gut angenommen.

Die einzige Änderung dabei ist, dass nicht mehr mit 65 Jahren angefangen wird, sondern etwas später und dass es keine Pralinen mehr gibt, sondern nur noch ein Begleitschreiben mit wechselnden Fotos.

Gemeinderätin Rentsch sagt daraufhin, dass das nicht ihre Fragestellung war und fragt, ob er ihre Frage gar nicht verstanden hat?

Gemeinderat Klemmer möchte ebenfalls wissen, wie die Organisation abläuft?

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass Herr Klemmer bisher auch als Gemeinderat gratulieren gegangen ist und dass sie die aktuelle Aufteilung der Bereiche wissen möchte.

Bürgermeister Paschke sagt „hä?“ und „äh?“

Gemeinderat Barthel sagt, dass es doch regional aufgeteilt ist, welcher Gemeinderat welche Straßen macht.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass sie genau das wissen möchte: Wer ist für welche Bereiche zuständig?

Gemeinderat Barthel sagt, dass sich das doch nicht geändert habe.

Gemeinderätin Rentsch sagt wiederholt, dass es ihr um die aktuelle Aufteilung geht und dass ihr bekannt ist, dass Gemeinderat Schieber im OT Truppen zuständig ist.

Gemeinderat Schieber sagt darauf, dass der Herr Schieber immer seine Information in Truppen bekommt und dass er dort und dort und dort hinzugehen hat. So würde das funktionieren!

Gemeinderätin Rentsch informiert, dass ihr bekannt wurde, dass sich ein Gemeinderat bei seinen Gratulationen immer einen ganz bestimmten Cognac einfordern würde.

Gemeinderat Dr. Weise kommt in Bewegung und sagt, dass er das gut findet.

Gemeinderätin Rentsch sagt daraufhin: „Ja, Herr Dr. Weise?“

Bürgermeister Paschke fragt wieder“ hä?“

Gemeinderat Dr. Weise sagt wiederholt, dass er das gut findet.

Bürgermeister Paschke sagt, dass es üblich ist, dass die Gemeinderäte zu den Gratulationen gehen und wenn in einem Ortsteil kein Gemeinderat vorhanden ist, dann sieht die Sekretärin nach, ob es im Nachbarort einen Gemeinderat gibt, der das übernehmen kann und dass es dafür keine Festlegung gibt.

Gemeinderat Klemmer wiederholt, dass er und Frau Rentsch aus diesem Grund gefragt haben, wer das organisiert und wie das organisiert wird.

Bürgermeister Paschke fragt Gemeinderat Klemmer, ob der sich jetzt benachteiligt fühlt.

Gemeinderätin Rentsch möchte wissen, wie das jetzt, nach der Gemeinderatswahl, organisiert wird.

Bürgermeister Paschke sagt, dass ihm das schon klar sei.

Gemeinderätin Carla Lange sagt erstaunt, dass doch im Gemeindeblatt steht, wer Geburtstag hat. „Geht seit 20 Jahren so schön!“

Gemeinderat Dr. Weise rät Gemeinderätin Rentsch dazu, wenn sie das Gefühl hat, zu ihren Nachbarn zu gehen, dann sei das doch nett von ihr.

Gemeinderätin Rentsch antwortet daraufhin, dass sie sowieso zu ihren Nachbarn gehen würde.

Gemeinderat Dr. Weise sagt, dass eben aus diesem Grund die Gemeinderäte unabhängig davon hingehen würden und das er auch erlebt hat, dass er nicht mehr begrüßt wird und dass man von ihm nichts wissen wollte. Was ihm dabei wichtig wäre ist, dass man zum 80.

oder 90. Geburtstag vielleicht doch einen Blumenstrauß mitnehmen sollte, weil sich die Jubilare möglicherweise darüber freuen würden.

Gemeinderätin Rentsch antwortet darauf mit „Entschuldigung, aber ...!“

Bürgermeister Paschke sagt, dass es jetzt immer enger wird ...

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass sie es für erforderlich ansieht, dass es dafür einen Plan gibt, nach welchem man sich richten kann. Die nächste Wahl steht vor der Tür und für interne Spielchen hat sie kein Verständnis. Es muss schon klar sein, wer welche Bereiche hat.

Gemeinderat Dr. Weise sagt darauf, dass ihr das vielleicht wichtig ist, uns (er meint die CDU) aber nicht.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass er ja sicher auch nicht mehr zur Wahl antritt.

Gemeinderat Dr. Weise sagt, dass er es gut finden würde, wenn die Bereiche gewechselt werden, da er auch gerne woanders hingehen würde, um festzustellen, wer den Cognac gibt. Bisher habe das immer gut funktioniert.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass ihm sehr wohl bekannt sei, wo es den Cognac gibt.

Gemeinderat Dr. Weise sagt, dass es doch eine Regelung gibt.

Gemeinderätin Langen sagt, dass es doch immer geklappt habe.

Gemeinderätin Rentsch möchte wissen, wo diese Regelung ist.

Gemeinderätin Langen versteht die Frage nicht und sagt nur „hä?“

Gemeinderätin Rentsch fragt wiederholt: „Wo ist sie denn?“

Gemeinderätin Langen sagt: „In der Gemeindeverwaltung!“

Gemeinderätin Rentsch beantwortet sich nun selbst die Frage und sagt, dass diese Regelung wohl im Ermessen der Gemeindeverwaltung liegen würde.

Sie fordert einen Plan, in welchem steht, wer, wann, wo hinzugehen hat, dann sei dieses Thema erledigt.

Gemeinderätin Langen sagt, dass es doch 20 Jahre so schön funktioniert hat und dass es auch weiter funktionieren wird.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass das eben nicht mehr funktioniert und aus diesem Grund von ihr und Herrn Klemmer angesprochen wird.

Gemeinderat Barthel informiert, dass im letzten halben Jahr niemand irgendwohin gegangen ist.

Bürgermeister Paschke sagt, dass Thema im Protokoll aufgenommen wird.

Gemeinderätin Rentsch fragt nach, ob es stimmen würde, dass seit einem halben Jahr niemand mehr zu Gratulationen gegangen ist.

Gemeinderat Barthel bestätigt das und verweist auf das HSK.

Gemeinderätin Rentsch fragt nach, ob es auf Grund des HSK tatsächlich keine Gratulationen mehr gegeben habe; wenn ja, dann sei dieser Umstand beschämend.

Gemeinderat Barthel sagt, dass es Leute gibt, die sich im Amtsblatt nicht mehr abbilden lassen würden und gar nicht möchten, dass jemand kommt.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass das auf einem völlig anderen Blatt stehen würde und dass es solche Wünsche schon immer geben würde. Eine persönliche Gratulation durch den jeweils zuständigen Gemeinderat sei wohl das Mindeste. Sie stellt fest, dass der derzeitige Zustand äußerst bürgerunfreundlich ist.

Gemeinderat Klemmer hatte offensichtlich festgestellt, dass es auf diese Frage keine Antwort gibt und möchte wissen, was der Passus „Ehrenring in Gold“ in dieser Richtlinie bedeutet. Er habe davon noch nie etwas gehört. Die Festlegungen sollten schon der Realität entsprechen.

Bürgermeister Paschke sagt, dass es eine solche nicht gibt.

Gemeinderat Klemmer ist der Ansicht, dass eine derartige Festlegung schon Sinn machen sollte.

Bürgermeister Paschke sagt, dass diese Richtlinie nach der Wende von der Partnergemeinde übernommen wurde. Damals hat der Gemeinderat gesagt, dass es im Laufe der Entwicklung einmal verdienstvolle Persönlichkeiten geben wird. Jetzt müssen wir feststellen, dass das nicht so ist, aber das kann ja noch kommen.

Gemeinderat Klemmer appelliert daran, Realität walten zu lassen.

Bürgermeister Paschke sagt, dass man das ja streichen könne.

Gemeinderat Klemmer zitiert aus der vorliegenden Richtlinie den Passus „Ehrungen für besondere Leistungen“ und möchte wissen, ob es dazu schon einmal eine Ehrung gab.

Bürgermeister Paschke antwortet darauf, dass dazu noch keine Ehrung erfolgt ist. Er schlägt vor, die Diskussion zu beenden und das Thema an den Verwaltungsausschuss zu verweisen. Es gäbe heute genügend Anregungen, die in das Protokoll übernommen werden. Dann geht er auf die Festlegungen bezüglich der Gratulationen ein und sagt, dass er das von Frau Rentsch angesprochene Problem versteht. Angenommen, sie ist für 3 oder 4 Straßenzüge zuständig und dann fährt sie in den Urlaub und was passiert dann mit der Organisation? Es ist auch schon vorgekommen, dass die Geburtstagspralinen bei den Jubilaren vor die Tür gestellt wurden.

Gemeinderätin Rentsch sagt, dass der jeweilige Gemeinderat natürlich für seine Vertretung selbst zuständig ist, dass es aber nun grundsätzlich einer Organisation bedarf und dass eine derartige Verfahrensweise absolut unakzeptabel ist. Sie möchte wissen, welcher Gemeinderat derart unzuverlässig gearbeitet hat.

Bürgermeister Paschke sagt dazu nur „gut“ und ruft den **TOP 14 - Realsteuer 2015** - auf. Er bittet Herrn Prof. Svarovsky dazu um die Ausführungen.

Herr Prof. Svarovsky führt u.a. wie folgt aus: Im HSK wurde beschlossen, dass die Anhebung der Steuern notwendig wird. Im Mai, vor der Gemeinderatswahl, stand dieser Beschluss auch auf der Tagesordnung, damals war die Mehrheit dagegen. Beim Beschluss zum HSK war dann die Mehrheit dafür, die Realsteuer im Grundsteuerbereich über den Durchschnitt der Sächsischen Kommunen zu erhöhen. Bei Härtefällen können Kommunen Anträge bei der Landesregierung stellen, um Bedarfszuweisungen zu erhalten. Königswartha bekommt keine Bedarfszuwendungen, weil hier die Schulden selbst verursacht wurden.

Wir haben uns darauf geeinigt, nur die Grundsteuer B zu erhöhen. Sie eine Jedermann-Steuer, die Gewerbetreibende, Mieter, Eigenheimbesitzer usw. besteuert. Damit kommen wir zu einer Gleichbelastung.

Der novellierte Hebesatz bei Gemeinden liegt bei 12,5 %; hier wird Ihnen nun 30 % vorgeschlagen. Ihnen wurde eine Hebesteuersatz-Satzung vorgelegt, weil die Realsteuern mit der Haushaltssatzung zu verabschieden sind. Wenn die Haushaltssatzung erst nach dem 30.06.2015 in Kraft gesetzt wird, dann gilt das Rückwirkungsverbot. Eine Steuererhöhung wäre dann zum 01.01.2015 nicht mehr möglich und wir würden ein Haushaltsjahr verlieren.

Aus diesem Grund besteht von Seiten des Gesetzes die Möglichkeit, eine Hebesatz-Satzung zu beschließen, die dann bereits zum 15.02., dem ersten Steuertermin, Gültigkeit hat.

Die Frage von Herrn Klemmer nach der absoluten Summe, die durch die Steuererhöhung erreicht wird, ist berechtigt. Deshalb haben wir verschiedene Grundstücke dargestellt, an denen konkret gesehen werden kann, was die Erhöhung bringt. Prozentzahlen sind immer schwierig. Ich bitte Sie, den Beschluss heute zu fassen, dann ist ein großer Punkt im HSK erledigt.

Gemeinderat Klemmer führt aus, dass die Fraktion der Parteifreien Wähler gegen das HSK gestimmt hat. Ein Grund dafür war die Erhöhung der Grundsteuer B. Hier wird gesagt, dass die Grundsteuer B auf die Leistungsfähigkeit der Abgabepflichtigen Rücksicht nimmt. Das ist aber nicht der Fall, weil die Grundsteuer B eine Substanzbesteuerung ist und nur auf den fiktiven Wert des Grundstückes abstellt. Ein Bürger, der ein neues Haus baut, wird stärker belastet. Aus diesem Grund ist für unsere Fraktion die Erhöhung der Realsteuer ein Investitionshemmnis. Unserer Meinung nach ist darauf zu achten, dass die Einnahmen verbreitert werden. Möglich ist das, indem die Steuer nicht erhöht wird und damit mehr Menschen in unseren Ort ziehen. Das wurde in den letzten Jahren versäumt und dieses Problem findet auch im HSK keine Berücksichtigung.

Es wird gesagt, dass die Steuer irgendwann wieder gesenkt wird und dass durch das HSK die Schuldentilgung nur ausgesetzt wird und keine Schuldentilgung mehr erfolgt. Bei einer solchen Strategie stehen wir in 5 Jahren noch genauso da, wie heute. Nur der Kassenkredit wird gesenkt. Eine Verbesserung der Situation in Königswartha, die Struktur betreffend, wird durch die Erhöhung der Grundsteuer B nicht erreicht. Nach Ansicht seiner Fraktion sind damit bereits die nächsten Steuererhöhungen vorprogrammiert.

Herr Prof. Svarovsky gibt Herrn Klemmer Recht und sagt, dass für die Zeit von 1 ½ Jahren bestimmte Darlehen bei der Schuldentilgung ausgesetzt werden, dass aber das Darlehen für die Feuerwehr, nach Forderung der Rechtsaufsicht, einer Sondertilgung unterliegt. Nach 6 Quartalen ist dann wieder planmäßig die Schuldentilgung vorgesehen. Er sagt noch einmal, dass Herr Klemmer Recht hat und dass durch das HSK grundsätzlich strukturell nichts passiert, es erfolgt nur eine Schadensbegrenzung. Danach muss Königswartha aber wieder den

Mindestanforderungen entsprechen, um die Gesamtstruktur zu verbessern. Dabei muss es um Ansiedlungen gehen und um die Ausweisung von langfristigen Wohngebieten.

In der ersten Phase des HSK, in den Jahren 2015 bis 2017, muss der Fehlbetrag aus dem Kas senkredit getilgt werden. Wenn das nicht gelingt, genehmigt das LRA keinen Haushalt mehr. Dann gibt es nur noch Dienst nach Vorschrift und die Erfüllung von Pflichtaufgaben, die Ge meinde hätte keinen Entscheidungsfreiraum mehr.

Bürgermeister Paschke nimmt das Gesagte zur Kenntnis und verliest den Wortlaut des Be schlusses: Der Gemeinderat beschließt die Hebesätze für das HHJ 2015 für die Dauer von 4 Jahren. 2015-2018.

Bei Zustimmung wird um Handzeichen gebeten.

Ergebnis: 12 x Ja, 3 x Nein, 1 x Enthaltung.

Dann ruft er **TOP 15 - Beratung und Beschluss zum Grundstückskaufantrag Gemarkung Königswartha, Flurstück-Nr.: 946 (teilweise) von Familie Hansky/Ruzicka, Königswartha – auf.**

Er informiert, dass dieser Antrag bereits von 1 ½ Jahren im Gemeinderat behandelt wurde. Da es sich um eine Grundstücksecke an der B96 handelt und damals nicht bekannt war, ob das unter Denkmalschutz stehende Gebäude in Verbindung mit dem Neubau eines Verbrau chermarktes abgerissen wird und sich dadurch der Kreuzungsbereich verändert, kam es nicht zum Beschluss. Da sich nach den neuesten Erkenntnissen der Kreuzungsbereich nicht verän dert, hat Familie Hansky/Ruzicka erneut einen Antrag auf Kauf gestellt. Es handelt sich um eine Fläche von 143 m². Da die Vermessungskosten von der genannten Familie übernommen werden – Kostenpunkt: 1440,- Euro – wird darum gebeten, dem Kaufantrag mit 2 Euro/m² stattzugeben.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, ob es dazu Fragen gibt.

Gemeinderätin Helm möchte wissen, ob das Grundstück bis an die B 96 geht.

Bürgermeister Paschke sagt, dass es nur bis auf den Fußweg geht.

Gemeinderätin Helm möchte wissen, ob das ein ortsüblicher Preis ist?

Bürgermeister Paschke verneint dies. Der ortsübliche Preis liegt bei ca. 10 Euro/m². Aber da es sich nicht um Bauland handelt und auch nicht um richtiges Gartenland, sondern um Un land, ist der genannte Preis gerechtfertigt.

Gemeinderätin Helm erwidert darauf, dass künftig gegenüber der neue Netto sein wird und dass das ein schönes Grundstück ist und dass die Gemeinde kein Geld hat und warum sie dann etwas verschenkt?

Bürgermeister Paschke sagt, dass die Familie genug bezahlt.

Gemeinderat Schieber sagt, dass sich 143 m² schlecht bebauen lassen.

Gemeinderat Dr. Weise ist der Ansicht, dass die Familie das Grundstück für mehr Geld viel leicht gar nicht kaufen würde.

Bürgermeister Paschke möchte wissen, wer der Beschlussvorlage zustimmt und bittet um Handzeichen.

Ergebnis: 15 x Ja, 1 x Enthaltung.

Dann ruft er den **TOP 16 - Beratung und Beschluss zum Grundstückskaufantrag, Dorfgemeinschaftshaus Eutrich von Familie Gempel, Königswartha** – auf.

Er informiert, dass bereits mehrfach versucht wurde, dieses Grundstück zu verkaufen. Zuerst war der Preis 8000 Euro; ein Malermeister hatte sein Interesse bekundet. Dann interessierte sich Bäckermeister Bresan dafür; als Preis standen 9000 Euro zur Diskussion. Aber auch hier kam kein Kaufvertrag zustande. Nun hat sich Familie Gempel das Haus angesehen. Die Gemeinde hat eine Vermessung vornehmen lassen, weil der Teich, die Buswendeschleife und das angebaute Buswartehäuschen im Eigentum der Gemeinde verbleiben. Die Glascontainer müssen verschoben werden. Diese Punkte wirken sich auf den Preis aus. Zu dem Dorfgemeinschaftshaus gehört auch eine Klärgrube, die auf den neuesten Stand nachgerüstet werden muss.

Er möchte wissen, ob es dazu Fragen gibt.

Gemeinderätin Helm gibt zu bedenken, dass der vorgesehene neue Containerplatz auf der anderen Straßenseite nicht optimal ist, da sich dort eine Oberleitung befindet. Auch eine Befestigung des Untergrundes dafür kostet Geld. Sie informiert, dass es für den Bau dieses Gebäudes keine Baugenehmigung gegeben habe. Auf einer Landkarte ist das Grundstück als Unland eingetragen und nur für landwirtschaftliche Zwecke zugelassen. Es steht kein Gebäude darauf. Zudem liegt das Grundstück im Trinkwassereinzugsgebiet. Sie sieht aus diesen Gründen die Nutzung als Wohngrundstück für problematisch an; dazu kommt noch die Buswendeschleife, die um das Haus herumgeht.

Bürgermeister Paschke sagt, dass die Buswendeschleife erhalten bleiben muss und dass die Familie am Wohnhaus entlang einen Zaun ziehen möchte, im Abstand von ca. 2 Meter, damit keine Einsicht in die Fenster möglich ist.

Gemeinderätin Helm sagt, dass sich ihr die Frage stellt, ob dieses Gebäude als Wohnung genutzt werden kann?

Bürgermeister Paschke sagt, dass die Familie es unbedingt haben möchte und dass die angesprochenen Probleme bekannt sind, aber dafür würde die Familie ja auch nur wenig bezahlen. Er möchte wissen, was Frau Helm eigentlich möchte?

Gemeinderätin Helm sagt, dass sie Sicherheiten im Kaufvertrag möchte, damit der Gemeinde im Nachhinein keine Kosten entstehen.

Gemeinderat Dr. Weise sagt, dass es in Neudorf und Caminau auch so gelaufen ist und dass heute dort Leute wohnen und dass es keine Probleme gibt.

Gemeinderat Eichler sagt, dass es in Oppitz auch so gemacht wurde mit der ehemaligen Verkaufsstelle.

Gemeinderat Katscher sagt, dass es letztlich das Problem der Familie Gempel ist.

Gemeinderätin Helm ist der Ansicht, dass Sicherheiten sein müssen, wenn dieses Gebäude als Wohnhaus verkauft wird und fragt, was passiert, wenn die Familie dort nicht wohnen darf?

Bürgermeister Paschke verweist darauf, dass die Familie Gempel dort wohnen möchte und konkrete Vorstellung davon hat. Die Familie sei keine Deutsche Familie; also Deutsch wären

sie schon, aber die Ansprüche sind etwas einfacher als unsere. Die Familie kauft das Grundstück so wie es steht und liegt und trägt alle Risiken und dass er das Gesagte zur Kenntnis nimmt.

Gemeinderat Barthel informiert, dass die Fraktion der Freien Wähler der Meinung ist, dass 9000 Euro angesetzt werden müssen, so wie bereits bei Herrn Bresan, um Interessenkonflikte zu vermeiden.

Bürgermeister Paschke sagt, dass er eingangs informiert hat, dass Malermeister Kunaschk für 8000€ kaufen wollte und dass ihn dann Herr Bresan mit 9000 Euro überboten hat, der dann Abstand vom Kauf genommen hat.

Gemeinderätin Rentsch sieht es für wichtig an, da Familie Gempel nicht im Publikum sitzt, diese über die Probleme, die durch Gemeinderätin Helm angesprochen wurden, zu informieren.

Bürgermeister Paschke sagt, dass die Familie diese Probleme kennt, da zur Besichtigung Herr Helm als Bausachverständiger dazu gekommen ist und mit Gempel's gesprochen hat. Die Problematik Kläranlage war unklar und die Straßenbeleuchtung auch. Aber das ist erledigt, der Zähler wurde separat installiert und befindet sich nicht mehr im Haus.

Frau Pfeiffer sagt, dass die Gemeinde durch diesen Verkauf einen außerordentlichen Ertrag erzielt, der zur Schuldentilgung verwendet werden kann; das ist so festgelegt.

Bürgermeister Paschke möchte abstimmen und fragt, wer dafür ist, dass das Grundstück an die Eheleute Gempel verkauft wird und bittet um Handzeichen.

Ergebnis: 14 x Ja / 2 x Nein.

Er sagt, dass sich die Familie Gempel darüber freuen wird und dass sie aus Gründen der Bescheidenheit nicht zur Sitzung gekommen sind, weil sie niemanden beeinflussen wollten.

Er ruft den **TOP 17 – Bürgerfragestunde** – auf und informiert, dass Herr Katscher und Herr Klemmer für das Protokoll zuständig sind.

(Publikum) Herr Helm geht zum Bürgermeister, wünscht ihm alles Gute und übergibt ein Geschenk.

Gemeinderat Barthel überbringt die guten Wünsche der Fraktion Freie Wähler und übergibt ein Präsent.

Gemeinderat Dr. Weise schließt sich im Namen der restlichen Gemeinderäte „fast aller“ den Glückwünschen an.

Bürgermeister Paschke bedankt sich bei den Gratulanten und sagt, dass er sich auf die Zukunft freut und dass er vielleicht im nächsten Jahr auch unter den Zuschauern sitzen und die Gelegenheit nutzen wird, die eine oder andere Frage zu stellen.

Er wünscht der Gemeinde weiterhin alles Gute und bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Die öffentliche Sitzung ist damit beendet.

Unser Resümee zu dieser Sitzung:

Beginnen möchten wir mit einem Auszug aus der November-Sitzung:

Der TOP 15 – Eröffnungsbilanz – wird auf die Dezember-Sitzung vertagt, da Prof. Svarovsky festgestellt habe, dass sich darin falsche Zahlen befinden. ...

Wie Sie, verehrte Leserinnen und Leser in der Mitschrift von Dezember festgestellt haben, gab es keinen Tagesordnungspunkt zur „Eröffnungsbilanz“.

Zu einigen Punkten, die in der November-Sitzung behandelt wurden, haben wir an höherer Stelle - beim Rechts- und Kommunalamt - nachgefragt und um Klärung gebeten.

Eine schriftliche Antwort steht noch aus. U.a. ging es um eine Klärung zur „Befangenheit“, die man uns zum TOP „Verbrauchermarkt“ unterstellt hatte, um uns so von der Diskussion und Beschlussfassung auszuschließen.

Es ging uns auch um die Haushaltssatzung für das Jahr 2014, in welcher wir eine Vielzahl von Fehlern gefunden hatten. Auch der Stellenplan war in mehreren Teilen fehlerhaft.

Wie überwiegend gewohnt, wurden unsere Beanstandungen und Bedenken dazu in der Sitzung vom Tisch gewischt. Sie erinnern sich? Die November-Mitschrift verbrauchte dafür mehrere Seiten.

Nun ist von einer Haushaltssatzung für das Jahr 2014 keine Rede mehr.

Nur per Tischvorlage wurden wir nur darüber informiert, dass es keine gibt. Hat das Rechts- und Kommunalamt auch Fehler gefunden?

Wie hat 2014, ohne Eröffnungsbilanz, eigentlich die Buchhaltung funktioniert?

Ohne Eröffnungsbilanz kann es keine ordnungsgemäße Buchhaltung geben.

Oder funktioniert das in Königswartha anders als grundsätzlich möglich?

Macht ja nichts, es wird einfach so weitergewirtschaftet. Auf der Bank ist Geld und das wird ausgegeben, solange die Kasse denkt, dass bei der Gemeinde alles ordnungsgemäß funktioniert.

Die Mehrheit des Gemeinderates beschließt auch gerne im Nachhinein die getätigten Ausgaben! Die Mehrheit des Gemeinderates macht den Weg frei für eine unveränderte Arbeitsweise!

Wie Sie, verehrte Leserinnen und Leser bemerkt haben, ist von dem Versprechen, das Haushaltsstrukturkonzept (HSK) im Amtsblatt abzudrucken, keine Rede mehr. Das würde dort nicht hineinpassen! Wir haben nachgezählt: Es handelt sich um 12 Seiten! Auf den Vorschlag, das Konzept in mehreren Teilen zu veröffentlichen, wurde nicht reagiert.

Das Konzept kann auf der Homepage der Gemeinde nachgelesen werden. Schließlich interessieren sich sowie nur die wenigsten dafür, so der Tenor in der Diskussion. Man kann ja auch zur Gemeindeverwaltung gehen und sich dort ein Exemplar ablichten lassen (kostenlos!). Jetzt mal ehrlich, wie viele werden wohl davon Gebrauch machen?

Hier wird der Anschein erweckt, dass man gar nicht möchte, dass die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis erlangt.

Hat hier jemand Angst vor Kritik? Unserer Meinung nach zu Recht!

Wenn Sie die Punkte im HSK nachlesen, werden Sie verstehen, warum wir keinen Lichtblick für Königswartha sehen können.

Bereits im November wurden Punkte angesprochen, die abgearbeitet wurden.

In der Dezember-Sitzung gab es dazu wieder einen Bericht, auch zu bereits „abgearbeiteten“ Punkten und es gab Wiederholungen mit einem zum Teil etwas anderen Wortlaut, wie Sie in der Folge nachlesen können.

Der für uns wichtigste Aspekt, die Ergebnisse mit Zahlen zu untersetzen, ist allerdings nicht realisierbar, wie Sie lesen konnten.

Zur Übersicht haben wir die **November-Ergebnisse (in blauer Farbe)** und die **Dezember-Ergebnisse (darunter)** zusammengestellt.

Zu Pkt. 8 - Städtepartnerschaft – dafür wurde kein Geld eingeplant.

Zu Pkt. 8 = Auszahlungen für Städtepartnerschaften; wurde in den Haushalt 2015 eingeplant.

Zu Pkt. 9 - zur Finanzierung des Amtsblattes – habe es eine Vertragsänderung gegeben. Es bleibt bei 16 freien Seiten, das Titelbild kann farbig bleiben, jedoch zu schwarz/weiß-Kosten, also dem Preis von einem schwarz/weißem Titelbild.

Zu Pkt. 9 = Kostenneutrales Amtsblatt! Es gab eine Vertragsveränderung mit dem Verlag. Bei 16 Seiten ist das Amtsblatt nicht kostenneutral, aber es fallen keine Zusatzkosten an.

Zu Pkt. 13 - die Überprüfung der Versicherungsverträge der Gemeinde ist ebenfalls erfolgt.

Zu Pkt. 13 = Überprüfung der Versicherungsverträge! Ein externer Gutachter hat geprüft und befunden, dass alle Verträge in Ordnung sind. Eine Änderung oder Kündigung würde keine Kosteneinsparungen bringen.

Zu Pkt. 14 - ist abgearbeitet, da Sven Helm für 3 Jahre die Beiträge für die Mitgliedschaft im Krabatverein übernimmt.

Nr. 14 = Jahresbeitrag für den Krabatverein aufkündigen! Da Herr Sven Helm den Beitrag privat übernimmt, kann die Gemeinde im Verein als Mitglied verbleiben

Zu Pkt. 43 - Mitgliedschaft im Landschaftspflegeverband – ruht nur.

Zu Pkt. 43 = Ruhen der Mitgliedschaft im Landschaftspflegeverband! Zwischenzeitlich wurde bekannt, dass der Landschaftspflegeverband Insolvenz angemeldet hat. Es ist nicht bekannt, wie es dort weitergehen soll.

**Die Einsparungen sind = 0
Soviel zum Ergebnis des HSK!**

In der Mitschrift zur November-Sitzung kann zu den Ausführungen von Prof. Svarovsky folgendes nachgelesen werden:

Er schlägt vor, dass auf Grund der Einwände jeweils in den kommenden Sitzungen des Gemeinderates auch zum Stand des Kassenkredits informiert wird.

Wie Sie gelesen haben, gab es in der Dezember-Sitzung keine Informationen zum Stand des Kassenkredits!

In der Mitschrift zur November-Sitzung kann zum Wortlaut des Bürgermeisters folgendes zur diskutierten Bibliothekssatzung nachgelesen werden:

Er schlägt vor, den Beschluss zu vertagen und in der nächsten Sitzung die komplette Satzung vorzulegen.

Wie Sie gelesen haben, gab es in der Dezember-Sitzung keinen TOP zur Bibliothekssatzung. Auf Nachfrage erklärte der Bürgermeister, dass Frau Lehmann noch keine Zeit dafür gefunden hat!

Unser Kommentar dazu: Totale Überlastung!

Wen wundert's? Die Bibliothekarin muss immer wieder die Haustür öffnen, weil diese ständig von irgendeinem Bibliotheksbenutzer geschlossen wird.

Kurze Erklärung dazu: Die Haustür, hinter welcher sich die Treppe befindet, die u. a. zur Gemeindebibliothek führt, wird von Frau Lehmann zu den Öffnungszeiten offen gehalten und zwar bei jedem Wetter. Damit die Tür offen bleibt, wird sie in den Fußweg gerammt und hat dadurch bereits Schaden genommen. Auf die Frage, warum diese Tür offen steht, wurde sinngemäß geantwortet: Damit man von weitem sehen kann, dass die Bibliothek geöffnet hat. Unser Vorschlag dazu: Eine gehisste Fahne würde diesen Zweck auch erfüllen!



Wenn so mit dem Eigentum der Gemeinde umgegangen wird und die stets geöffnete Tür sogar wohlwollend als „einladend“ von Gemeinderat Dr. Weise angesehen wird, dann können wir uns nur noch wundern ... - Die Beseitigung des Schadens zahlen ja dann die Bürgerinnen und Bürger, schließlich sind wir doch alle eine Solidargemeinschaft, oder?

Die Welt ist ein Irrenhaus und in Königswartha ist die Zentrale!

Und in der Zentrale ist auch noch ein wenig Spielraum für die Selbstverwaltung vorhanden. Sollte bei der Freiwilligen Feuerwehr ein Schlauch platzen, dann muss uns nicht bange sein, dafür reicht noch der Kreditrahmen!

Für Gratulationen zu hohen Geburtstagen möchte man den Kredit nicht verwenden, aber über einen Blumenstrauß würde sich so ein Jubilar vielleicht doch freuen, so die Aussage von Dr. Weise? Na sicher doch! Es gibt nur sehr wenige Menschen, die sich nichts aus Blumen machen und natürlich Allergiker, da sollte dann zuvor doch mal nachgefragt werden. Aber, wir dürfen frohen Mutes sein, weil das ja seit über 20 Jahren so schön gemacht wird.

Alles ist gut! Gemeinderätin Langen greift mehrfach auf ihr Erinnerungsvermögen zurück und weil das alles so schön ist, gerät sie dabei fast in Verückung.

Leider wurde unsere Frage: Welcher Gemeinderat ist für welche Bereiche zuständig? nicht beantwortet.

Wir gehen davon aus, dass nun, vor der Bürgermeisterwahl, die im April 2015 stattfinden soll, Königswartha mit seinen 10 Ortsteilen auf diejenigen Gemeinderäte aufgeteilt wird, die sich von der Fraktion der Freien Wähler und von der Fraktion der CDU als Bürgermeisteranwärter zur Wahl stellen werden; natürlich zuzüglich Gemeinderat Schieber, der immer so schön im Ortsteil Truppen zur Gratulation eilt und Gemeinderat Dr. Weise, auf den bereits der Cognac wartet. Wenn Gemeinderätin Langen in diesem ganz speziellen Zeitraum auch gratulieren darf, fänden wir sehr schön! Alle anderen Gemeinderäte dürfen im Amtsblatt nachlesen, wer Geburtstag hat und natürlich zu ihren Nachbarn gehen!

Anmerkung: Gemeinderat Barthel war allerdings aufgefallen, dass es seit einem halben Jahr gar keine Gratulationen mehr gegeben hat. Auf diese Bemerkung folgte keine Antwort.

Auch zu diesem Thema können wir nur sagen: Wir harren der Dinge, die noch kommen werden!

Keine Angst, wir harren nicht und werden nicht untätig sein!

Wir schieben den Karren, solange er noch Räder hat! Auch auf die Gefahr hin, dass der Schlauch platzt!

Für einen Amtsverweser, der nach Recht und Gesetz ab Januar bis zur Bürgermeisterwahl in Königswartha hätte tätig werden müssen, langt das Geld auch nicht, bzw. es soll dafür nicht ausgegeben werden. Wir haben ja schließlich einen ehrenamtlichen Stellvertreter in Person von Herrn Schieber. Auf Grund seiner Aussage in öffentlicher Sitzung, lehnt Herr Schieber das Lesen kommunaler Gesetzlichkeiten ab. Seine Bockigkeit, niemals derartiges Schriftgut lesen zu wollen, prädestiniert ihn ganz besonders, dieses Amt zu übernehmen. Damit setzt er kontinuierlich die bisherige Arbeitsweise „zum Wohle unserer Gemeinde“ fort. Dabei entstehende Fehlentscheidungen gehen ja nur Lasten des Kassenkredits und werden dann wohlwollend von allen Bürgerinnen und Bürgern durch höhere Steuern, etc. Gebühren, ausgeglichen.

Wir sind tierisch gespannt, wann Prof. Svarovsky (Dozent für öffentliches Recht) die Notbremse zieht und die Leitung der Sitzung übernimmt (natürlich ganz unbemerkt!).

Abschließend bekunden wir unsere Traurigkeit zur diskutierten „Richtlinie für Ehrungen“.

Es war uns überhaupt nicht bewusst, dass es in Königswartha seit 25 Jahren keine verdienstvollen Persönlichkeiten mehr gibt, die es wert gewesen wären, einen Ehrenring zu bekommen. Aber lt. Bürgermeister Paschkes Blick in die Zukunft bestünde dafür ja noch Hoffnung.

Auch wir sind Optimisten und fänden das sehr schön!!

Hoffnung und Zuversicht sind Lebenselixiere!

Ihre Gemeinderäte der Parteilosen Wähler - Annemarie Rentsch und Peter Klemmer